

**Auszug aus dem Plenarprotokoll Nr. 19/11 des Deutschen Bundestages am
Donnerstag, den 01.02.2018 (S. 98-100)**

**Rede zu Zusatztagesordnungspunkt 5: Aktuelle Stunde auf Verlangen der
Fraktion DIE LINKE: Haltung der Bundesregierung zum Einmarsch der Türkei in
die nordsyrische Region Afrin unter Einsatz von Panzern aus deutscher
Produktion**

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Bijan Djir-Sarai. – Als Nächste: Kollegin Katja Keul
für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die militärische
Offensive türkischer Streitkräfte im Nachbarland Syrien ist weder von einem
Mandat der UN gedeckt, noch ist es ein Fall von Selbstverteidigung. Ein solcher
Überfall ist ganz klar völkerrechtswidrig. Auch wir Grüne erwarten von der
Bundesregierung, dass sie das klar so benennt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie der Abg.

Martin Hebner [AfD] und Bijan Djir-Sarai [FDP])

So klar wie von dem Kollegen Kiesewetter gerade haben wir das von einem
Regierungsvertreter noch nicht gehört.

(Tobias Pflüger [DIE LINKE]: So ist es nämlich!)

Was glauben Sie, wie das laute Schweigen Deutschlands und der USA von den syrischen Kurden verstanden wird? Erst haben sie für uns den IS bekämpft, und nun, wo sie ihren Zweck erfüllt haben, werden sie ans Messer geliefert. Da ist die Parallele zu 1991 nicht weit, als der Westen sie zum Aufstand gegen Saddam Hussein ermunterte und sie dann seiner Rache überließ. Die Bundesregierung muss diese völkerrechtswidrige Intervention innerhalb der NATO auf den Tisch bringen und darauf drängen, dass die NATO endlich geeignete Konsequenzen zieht, auch mit Blick auf die AWACS-Aufklärungsflüge.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie des Abg.

Bijan Djir-Sarai [FDP])

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie jegliche Rüstungsexporte in die Türkei untersagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei

Abgeordneten der FDP)

Das gilt gerade und ganz besonders für die Anträge von Rheinmetall zur Modernisierung türkischer Panzer, egal ob es sich um M60 oder um Leopard handelt. Als Parlamentarierin empört es mich zutiefst, dass Außenminister Gabriel ausgerechnet am 16. Oktober 2017, also in der letzten Woche der alten Legislatur, unmittelbar vor der Konstituierung des neuen Bundestages, einen positiven Vorbescheid für diesen Kriegswaffenexport erteilt hat.

(Andrej Hunko [DIE LINKE]: Pfui! – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein Skandal!)

Damit agiert er trotz aller öffentlichen Absichtsbekundungen nicht besser als seine Vorgänger, die den Legislaturperiodenwechsel immer gerne dazu genutzt haben, die Verantwortung für sensible Rüstungsexporte so zu strecken, dass es am Ende immer der andere gewesen ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Kanzlerin hält sich gleich ganz bedeckt, obwohl sie die Richtlinienkompetenz hat. Sie hat ja bei Rüstungsexporten noch nie auf der Bremse gestanden. Diese organisierte Intransparenz muss ein Ende haben. Deswegen fordern wir Grüne ein Rüstungsexportkontrollgesetz, in dem die Bundesregierung unter anderem verpflichtet wird, ihre Entscheidungen über Rüstungsexporte gegenüber dem Parlament zu begründen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Türkei im Norden Syriens eigene Interessen verfolgt, die den Frieden in der Region nicht fördern, sondern verhindern, wussten wir schon vor dem 16. Oktober 2017. Aber spätestens nachdem Erdogan seine Ankündigung wahrgemacht hat und mit deutschen Panzern gegen Kurden auf syrischem Gebiet vorgeht, ist klar, dass es eine solche Genehmigung nicht geben darf, und zwar weder jetzt noch in drei Monaten oder irgendeiner absehbaren Zeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf Exporte an NATO-Länder heißt es in den Grundsätzen der Bundesregierung, dass diese sich an den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren haben. Was verletzt denn bitte

unsere Sicherheitsinteressen mehr als ein völkerrechtswidriger Angriff eines NATO-Landes auf einen Nachbarn?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ganz zu schweigen von den Menschenrechtsverletzungen gegenüber der kurdischen Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze. Deswegen dürfen wir auch nicht wegsehen, wenn Rheinmetall in der Türkei ein Joint Venture gründet, um dort ohne jegliches Genehmigungserfordernis mit dem Know-how eigener Mitarbeiter die Produktion von Panzern für Erdogan zu ermöglichen. Die Bundesregierung weiß seit langem, dass Rheinmetall über Italien Munition für den Jemen-Krieg bereitstellt und über Südafrika eine ganze Munitionsfabrik in Saudi-Arabien aufgebaut hat.

(Tobias Pflüger [DIE LINKE]: Eine Genehmigung zum Mord war das!)

Über die Ankündigung im Sondierungspapier, keine Waffenlieferungen an Saudi-Arabien zu genehmigen, kann Rheinmetall nur müde lächeln. Die brauchen längst keine Genehmigung mehr. Die lassen dort längst selbst produzieren. Diese Gesetzeslücke ließe sich sehr einfach schließen, wenn Sie nur wollten. Mit wenigen Worten lässt sich der Genehmigungsvorbehalt für technische Unterstützung in den §§ 49 und 50 der Außenwirtschaftsverordnung auf Rüstungsgüter erstrecken und damit eine Produktion von Leopard-Panzern unter türkischem Namen verhindern. Nutzen Sie also die Koalitionsverhandlungen, einigen Sie sich auf einen Genehmigungsvorbehalt für technische Unterstützung, und stellen Sie Verstöße dagegen am besten auch gleich unter Strafe!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nur so verhindern Sie, dass Unternehmen wie Rheinmetall sich weiter der Rüstungsexportkontrolle einfach entziehen können. Wer diese Regelungslücke wider besseres Wissen offenhält, macht sich nicht nur für Menschenrechtsverletzungen mit verantwortlich, sondern gefährdet auch deutsche Sicherheitsinteressen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Koalitionäre, hier gäbe es nun die Möglichkeit, mit wenigen Mitteln und etwas politischem Willen tatsächlich Fluchtursachen zu bekämpfen. Schließen Sie endlich diese Gesetzeslücke, bevor es wieder zu spät ist! Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN
und des Abg. Bijan Djir-Sarai [FDP])

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Keul. – Ich erteile nun das Wort Herrn Dr. Andreas Nick für die CDU/ CSU-Fraktion.